



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Hauptgeschäftsstelle, Gutenbergstraße 1, 19061 Schwerin

Hauptgeschäftsstelle
19061 Schwerin, Gutenbergstraße 1

Tel.: 0385 - 56 93 33
Fax: 0385 - 56 85 01
E-Mail: mecklenburg@uv-mv.de
Web: www.uv-mv.de

Präsident
Rolf Paukstat

Geschäftsführerin
Pamela Buggenhagen

Verbandsjuristin
Carolin Hegewald

Tel.: 0385 - 55 74 778
Fax: 0385 - 56 85 01
Mobil: 0176 - 10 540 715
E-Mail: jurist@uv-mv.de

Offener Brief

Unterstützungsmaßnahmen schnellstens nachjustieren Tourismus- und Veranstaltungsbranche benötigen Extra-Rettungsschirm Mehr Mut zu ortsangepassten Lösungen für Lockerungen in M-V Gesellschaft spaltet sich in „angestellt“ und „selbständig“

Es ist nachvollziehbar, dass die Politik beschließt, die Corona-Maßnahmen zu verlängern und es vorerst nur wenigen Branchen ermöglicht, wieder den Betrieb aufzunehmen. Jedoch muss man jetzt auch bereit sein, die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen für die stark betroffenen Branchen auf den Prüfstand zu stellen und nachzubessern. Der kleine Mittelstand scheint nicht wichtig genug, medienwirksamer lassen sich die Werften retten.

Die Rückmeldungen unserer Mitgliedsunternehmen zeigen, dass sich die Hoffnungen auf schnelle Unterstützungen in der Praxis vielfach zerschlagen und die Verzweiflung der betroffenen Unternehmer täglich in dem Maße zunimmt, wie die Liquidität abnimmt. Die Gründe sind vielfältig:

- beantragte Soforthilfen sind noch nicht angekommen
- beantragte Soforthilfen wurden abgelehnt, weil sie nur für Betriebsausgaben und nicht zum anteiligen Finanzieren des eigenen Unterhalts eingesetzt werden dürfen; eine zusätzliche Beantragung von Grundsicherung aber aufwändig und langwierig ist
- Unternehmen finanzieren die Löhne vor, das beantragte Kurzarbeitergeld ist noch nicht eingegangen
- Kredite, die über die Hausbank beantragt wurden, dauern zu lange, weil die KfW erst ab 28.04. beginnt, die Anträge zu bearbeiten
- Kredite werden bereits von den Hausbanken abgelehnt
- Kredite könnte man bekommen; weil die Abzahlung kaum möglich scheint, sind sie keine Lösung
- Mitarbeiter, die mit Kurzarbeit nicht einverstanden, müssen gekündigt werden. Unterliegen sie dem Kündigungsschutz ergeben sich weitere Probleme
- der KfW Antrag sieht vor, dass weitere Zuwendungen ausgenommen sind bzw. auf den Kredit angerechnet werden

und und und...



Die Resonanz auf die Hilferufe der klein- und mittelständischen Unternehmen bleibt verhalten. Zur Zeit überwiegt die Beschäftigung mit den sicher wichtigen Ausstiegsszenarien – aber wer nimmt sich aktiv und sichtbar der Praxistauglichkeit der beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen an, damit die Wirtschaft überhaupt bis zum Zeitpunkt eines Ausstiegs durchhält?

Die vergleichsweise geringen Corona-Fallzahlen in Mecklenburg-Vorpommern eignen sich, um unter Beachtung aller Vorsichtsmaßnahme mehr Lockerungen zu versuchen. Trotz bundeseinheitlicher Strategien schließen sich branchenbezogene, regionale bzw. ortsangemessene spezifische Lösungen nicht aus. Die Corona-Fallzahlen unterscheiden sich stark nach Stadt und Land sowie Nord und Süd. In Regionen, wo die Zahlen geringer sind, sollten unter Beachtung der Vorsichtsmaßnahmen schrittweise Öffnungen schneller möglich sein. Jedes Unternehmen, was wieder den normalen Betrieb aufnehmen kann, ist eines weniger, welches unverschuldet einer Insolvenz entgegensteuert.

Es tut sich eine Schere in der Gesellschaft zwischen "angestellt" und "selbstständig" auf. Die persönliche Betroffenheit bezieht sich damit "nur" auf eine Gruppe unserer Gesellschaft und ist scheinbar für alle anderen weit weg. Der Angestellte bekommt weiter sein Gehalt und ist ansonsten über Arbeitslosengeld oder Kurzarbeit abgesichert. Viele besonders betroffene Unternehmer des kleinen Mittelstandes bangen jedoch um ihre Existenz, müssen sich mit Darlehen neu verschulden und stehen überall voll im persönlichen Risiko. Es fehlt an rechtlichen und sozialstaatlichen Regeln, die auch die konkreten Lebens- und Erwerbslagen der Selbstständigen berücksichtigen.

Es entsteht zunehmend in der Wirtschaft der Eindruck, so wie es an einem positiven Bild gegenüber der Leistungen von Unternehmerinnen und Unternehmern generell mangelt, fehlt es jetzt an der Bereitschaft, die Notlagen der Unternehmerschaft ernst zu nehmen. Die soziale Marktwirtschaft bedarf der Fähigkeiten, des Einsatzes und der Leistungsbereitschaft der Unternehmerpersönlichkeit. Eigeninitiative und Risikobereitschaft unternehmerisches Denken und Handeln gehören gewürdigt und unterstützt – statt diesem mit Misstrauen und Argwohn zu begegnen.

Die Gewährleistung der Vorteile eines Sozialstaates ist ein kostspieliges Unterfangen, das letztlich vom Steuerzahler zu finanzieren ist. Bricht die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ein, wird auch der Sozialstaat ins Wanken geraten. Ohne Unternehmer keine Unternehmen, ohne Unternehmen keine Arbeitnehmer – und keine Steuereinnahmen für den Staat.

Die Politik muss daher wesentlich deutlicher Stellung beziehen und klar kommunizieren, warum es so wichtig ist, die Wirtschaft und damit die Unternehmerinnen und Unternehmen am Leben zu erhalten.

Mit unternehmerischen Grüßen

Rolf Paukstat
Präsident

Pamela Buggenhagen
Geschäftsführerin